

1

Sowas von entlastet!

Unternehmen brauchen steuerliche Entlastung

Höchststeuerland Österreich – die Fakten

Die Steuer- und Abgabenquote liegt in Österreich bei **43,6 % (Prognose 2024 und 2025)**. Das bedeutet: 43,6 % des österreichischen Bruttoinlandsprodukts werden für Steuern, Sozialversicherungsabgaben und sonstige Gebühren verwendet. Damit hat Österreich die dritthöchste Abgabenquote europaweit.¹ Die seit mehr als zehn Jahren von der ÖVP geführten Regierungen versprechen zwar eine Senkung der Abgabenquote auf unter 40 %, haben aber bislang nichts getan, um dieses Versprechen einzulösen. Im Gegenteil: Aktuell steigt die Steuer- und Abgabenquote sogar wieder!

Höchstkomplexitätsland Österreich - die Fakten

Die Regeln für Steuern und Abgaben sind in Österreich kompliziert und oft widersprüchlich. Für Unternehmer:innen bedeutet das, dass sie viel Zeit dafür aufwenden müssen. Zeit, die ihnen zur Betreuung ihrer Kunden und zur Schaffung von Innovationen fehlt.

Wir finden: Ein Land, in dem Unternehmer:innen ihre Steuererklärungen und ihre Lohnverrechnung nicht selbst machen können, weil die Materie so verworren ist, hat ein Problem.

11 Punkte für ein Land der #Unternehmensfreude

Das will UNOS für Sie erreichen

➤ **Streichung der Kammerumlage 2 (KU2)**

Die KU2 wurde 1979 als vorübergehende Unterstützungsmaßnahme für bedürftige Kleinstunternehmer:innen eingeführt. Mittlerweile sind es auch die Kleinstunternehmen, die hauptsächlich unter den Auswirkungen der Kammerumlage 2 leiden, die seit 45 Jahren die Geldspeicher der Wirtschaftskammer füllt.

➤ **Senkung der Lohnnebenkosten um 25 %**

Durch die Streichung aller nicht arbeitnehmer:innenbezogenen Abgaben wie Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds oder Kammerumlage 2 können erhebliche Entlastungen erzielt werden. Damit schaffen wir Spielraum für höhere Löhne und Gehälter. Dort wo nötig, sollen die Kosten in das allgemeine Budget übergeführt werden.

➤ **Entlastung der Unternehmer: Reform der Einkommensteuer**

Die Einkommensteuerbelastung ist in Österreich zu einem Leistungshemmer geworden. Damit der berühmte Spruch „Leistung muss sich wieder lohnen“ auch Wahrheitsgehalt gewinnt, fordern wir eine deutliche Tarifreform, in der die mittleren und oberen Steuerstufen signifikant später einsetzen und eine ersatzlose Streichung der 55 %-Progressionsstufe.

➤ **Vollzeitbonus und Steuerfreiheit auf Überstunden**

Österreichs Unternehmen brauchen jede Arbeitsstunde, die sie bekommen können, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Wir brauchen daher eine sinnvolle Kombination von mehreren

¹ <https://www.wko.at/statistik/eu/europa-abgabenquoten.pdf>

Maßnahmen, um die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt zu erhöhen. Aktuell begünstigt das Steuersystem Teilzeitarbeit; wir wollen dem einen Vollzeitbonus von 1.400 Euro pro Jahr entgegensetzen. Ziel muss es auch sein, die Freude an Mehrleistung fördern. Deshalb sollten Überstunden gänzlich abgaben- und steuerfrei gestellt werden – ohne Obergrenzen.

➤ **Gesundheitsförderung für Mitarbeiter:innen**

Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit von Mitarbeiter:innen gehören steuerlich entlastet. Wenn ein Unternehmen zum Beispiel die Kosten für das Fitnesscenter von Mitarbeiter:innen übernimmt, so soll dieser Betrag vom Sachbezug ausgenommen werden.

➤ **Ein VW Passat ist kein Luxusgut – Anpassung der Luxustangente – Gleichstellung für E-Fahrzeuge**

Es ist schon per se verwunderlich, dass der Gesetzgeber festlegt, was betriebsnotwendig ist und was Luxus. Dass die Höhe der Luxustangente aber seit 2005 nicht mehr angepasst wurde, ist zumindest unverständlich. Kumuliert hat dies zu einem Kaufkraftverlust von fast 40 % (!) geführt. Oder die heutigen 40.000 Euro waren 2005 nur 24.000 Euro wert. Damit ist zum Beispiel jeder VW Passat ein Luxusfahrzeug im Auge der Finanz. Ebenfalls verwunderlich, dass der Regulator zwar die Vorsteuerabzugsfähigkeit für Elektrofahrzeuge regelt, dann für die Luxustangente aber die Nettopreise heranzieht. Daher fordern wir, dass die Luxustangente auf 60.000 Euro angehoben wird und diese Grenze auch für die Nettokosten von E-Fahrzeugen gelten soll.

➤ **Verpflichtender Brutto-Brutto-Lohnzettel**

Die Mitarbeiter:innen sollen wissen, wie viel sie das Unternehmen kosten und wie viel von diesem Geld der Staat einbehält. Denn der Kampf um mehr Netto vom Brutto ist ein Thema, das Unternehmer:innen und ihre Mitarbeiter:innen gleichermaßen betrifft. Daher fordern wir einen verpflichtenden Brutto-Brutto-Lohnzettel.

➤ **Steuerfreistellung aller nicht entnommenen Gewinne**

Wir fordern einen starken Anreiz, damit alle Unternehmen ihr Wachstum, ihre Innovationskraft und ihre Krisenfestigkeit erhöhen können. Nicht entnommene Gewinne, die dem Unternehmen als Eigenkapital zur Verfügung stehen, sollen daher von der Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer ausgenommen werden.

➤ **Benachteiligung von Einzelunternehmen abschaffen**

Einzelunternehmen werden in Österreich in vielen Punkten steuerlich signifikant benachteiligt. Dabei bilden sie das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Als ersten Schritt fordern wir eine steuer- und abgabenrechtliche Gleichstellung von Einzelunternehmen mit Kapitalgesellschaften.

➤ **Arbeit über das Pensionsantrittsalter hinaus aufwerten**

Wie den Vollzeitbonus und die Überstundenaufwertung sehen wir auch Arbeit über das gesetzliche Pensionsalter hinaus als einen wichtigen Hebel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wer über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus arbeitet, soll daher keinerlei Beiträge zur Pensionsversicherung mehr leisten müssen und einen spürbaren jährlichen steuerlichen Absetzbetrag erhalten.

➤ **Steuerrecht und Lohnverrechnung entrümpeln**

Nur wenige Länder haben ein derart kompliziertes und widersprüchliches Steuerrecht wie Österreich, bei der Lohnverrechnung ist es ähnlich. Wir fordern daher eine Kommission, die unter Führung der Wirtschaftskammer bis Ende 2025 einen Vorschlag erarbeitet, wie eine umfassende Vereinfachung aussehen kann. Wir wollen Steuererklärungen und Lohnverrechnung so reformieren, dass wirklich jede:r Unternehmer:in sie selbst machen kann.

➤ **Ein Abgabekonto für alles**

Unternehmer:innen zahlen in Österreich Steuern, Abgaben und Umlagen auf bis zu sechs verschiedene Konten und das auch noch in einem unterschiedlichen Rhythmus. Wir wollen Unternehmer:innen von dieser sinnlosen Komplexität befreien und ein One-Stop-Payment System einführen: Alle Abgaben werden

einmal pro Monat am selben Tag fällig und werden in einem Betrag auf ein Konto eingezahlt. Die Betragszuteilung an die einzelnen Stellen macht die Steuerverwaltung.

➤ **Erstmitarbeiter-Service einführen**

Die Wirtschaftskammer soll für jedes Unternehmen ein Jahr ab der Einstellung der ersten Mitarbeiter:in deren Lohnverrechnung abwickeln. Damit wird es Unternehmer:innen leichter gemacht, ihre erste Mitarbeiter:in einzustellen. Das fördert nicht nur Wachstum, sondern auch das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen.

2

Sowas von unternehmerisch!

Mit Bürokratieabbau Unternehmen stärken

Österreich leidet an Überregulierung – die Fakten

Geht es um Bürokratie, ist Österreich Weltmeister. Nur in vier Ländern Europas dauern zum Beispiel die Formalitäten für die Gründung eines Unternehmens noch länger. Auch im Steuerwesen, bei Kreditvergaben und bei Insolvenzabwicklungen sind in Österreich die bürokratischen Hürden verglichen mit anderen europäischen Ländern besonders hoch. Der Föderalismus mit seinen unzähligen bundesländerspezifischen, meist völlig unnötigen Regelungen macht den Bürokratiedschungel noch dichter. Die Wirtschaftskammer in ihrer aktuellen Form bekämpft diese Situation nicht – weil sie selbst ein künstlich aufgeblasenes Konstrukt ist, in dem keine Unternehmensfreunde, sondern Bürokraten das Sagen haben. Übrigens: 21 Tage braucht es im Schnitt in Österreich, um alle Formalitäten für eine Unternehmensgründung zu erledigen, in Neuseeland gehen Unternehmensgründungen elektronisch innerhalb eines einzigen Tages.

Österreich ist nicht gründerfreundlich – die Fakten

Bürokratie entmutigt auch jene, die gern gründen würden, aber keine Lust auf endlosen Papierkram und ermüdende Amtstermine haben. Die Statistik zeigt das überdeutlich. Bei den Gründungsquoten liegt Österreich im europäischen Vergleich auf dem letzten Platz. Nach der Gründung finden Jungunternehmer:innen ebenfalls ein schwieriges Umfeld vor: Zu bürokratischen Hürden gesellen sich aufgrund des schwachen Kapitalmarkts Schwierigkeiten, das Wachstum zu finanzieren. Denn auch hier reguliert Österreich mehr, als nötig wäre. Zugleich versucht der Staat strukturelle Probleme durch noch mehr Ausgaben und noch mehr Vorschriften zu lösen, anstatt eine grundlegende Verwaltungsreform anzugehen.

14 Entlastungen für ein Land der #Unternehmensfreude

Das will UNOS für Sie erreichen

➤ **Entrümpelung der Gewerbeordnung**

Wir wollen den Zugang zum Gewerbe entbürokratisieren und die Zahl der reglementierten Gewerbe radikal senken. Reglementierte Gewerbe soll es nur noch dort geben, wo bei fehlenden Kenntnissen Gefahr für Leib und Leben der Kunden droht. Das ist vielleicht in 30 der aktuell 75 reglementierten Bereiche der Fall. Ein Unternehmensberater, ein Buchbinder oder eine Floristin können ihren Kunden vielleicht den letzten Nerv rauben, das Leben kosten aber kaum.

➤ **Bundesländer-Regelungen vereinheitlichen**

Offensichtlich hat sich die Tatsache noch nicht überall herumgesprochen, doch Unternehmen funktionieren in Enns und St. Valentin überraschend ähnlich. Nur weil der eine Ort in Oberösterreich liegt und der andere in Niederösterreich, besteht kein Grund, sie mit unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Regelungen zu beglücken. Wir fordern daher, dass Länderregelungen im unternehmerischen Bereich vereinheitlicht oder

gleich auf der Bundesebene angesiedelt werden.

➤ **Gründungsturbo und Turbogründung**

In manchen Staaten, etwa in Neuseeland, kann ein Unternehmen innerhalb von 24 Stunden gegründet werden. Möglich ist das durch zwei Faktoren: Der Prozess ist extrem einfach und läuft digital in einem One-Stop-Shop-Verfahren ab. Das sollte auch in Österreich möglich sein. Derzeit dauert es hierzulande durchschnittlich 21 Tage, bis gegründet werden kann, Eingaben dafür sind an bis zu acht unterschiedlichen Stellen zu machen.

➤ **Meldepflichten massiv vereinfachen**

Mit digitalen öffentlichen Registern können die Meldepflichten für Unternehmen sofort massiv reduziert werden. Heute müssen Unternehmen die gleichen Angaben oft mehrmals an verschiedenen Stellen machen. Sie müssen zum Beispiel den Nachweis der wirtschaftlichen Eigentümer erbringen, der im entsprechenden Register, dem Register der wirtschaftlichen Eigentümer (WiEReG) eingetragen wird. Banken, die diese Angaben für ihre Know-Your-Customer-Überprüfungen (KYC) brauchen, dürfen sich jedoch nicht auf die Angaben des WiEReG verlassen und müssen sie noch einmal gesondert abfragen. Ähnlich widersinnig ist es bei Firmenbuchauszügen: Behörden verlangen von Unternehmen im Zuge unterschiedlichster Verfahren Firmenbuchauszüge, obwohl es technisch möglich wäre, dass sie sich diese Auszüge selbst aus dem Register holen. Um solche ressourcenraubenden Doppelgleisigkeiten abzustellen, muss es einen weitgehend uneingeschränkten, digitalen und kostenlosen Registerzugang geben.

➤ **Sprachnachweis in der Rot-Weiß-Rot-Karte abschaffen**

Die Rot-Weiß-Rot-Karte ist ein sehr gutes Instrument, um dem Fachkräftemangel am österreichischen Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Leider gibt es auch dabei unnötige bürokratische Hürden, etwa den Zwang zum Nachweis von Sprachkenntnissen. Unternehmer:innen sollten selbst entscheiden können, welches Ausmaß von Sprachkenntnissen sie für einen bestimmten Job als notwendig erachten und ihre Mitarbeiter:innen danach aussuchen dürfen.

➤ **Pflicht zur Arbeitszeitaufzeichnung lockern**

In einer Welt, in der die Arbeitszeiten zunehmend flexibel werden, muss es die Möglichkeit geben, auf Vertrauen, statt auf bürokratische Aufzeichnungspflichten zu setzen. Wir fordern daher, dass im Angestelltenbereich bei einer Zustimmung sowohl des Arbeitgebers als auch des Arbeitnehmers ein Verzicht auf die Arbeitszeitaufzeichnung vereinbart werden kann.

➤ **DSGVO-Auflagen im B2B-Sektor abschaffen**

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verfolgt den nachvollziehbaren Zweck, personenbezogene Daten von Privatpersonen zu schützen. Durch die Anwendung der DSGVO auch auf die Kommunikation zwischen Unternehmen, also im B2B-Bereich, entsteht den Unternehmen hingegen ein gigantischer Mehraufwand, dem keinerlei Nutzen gegenübersteht. Wir fordern daher, dass die Wirtschaftskammer sich auf europäischer Ebene einsetzen soll, den Anwendungsbereich der DSGVO ausschließlich auf die Kommunikation zwischen Unternehmen und Privatpersonen einzuschränken.

➤ **Lieferkettengesetz außer Kraft setzen:**

Der „Act on Corporate Due Diligence Obligations in Supply Chains“ – aka Lieferkettengesetz – ist ein krasses Beispiel europäischer Überregulierung und einer Regelung, die genau jene Unternehmen, die angeblich geschützt werden sollen aus dem Markt drängt. Das Lieferkettengesetz erdrückt nicht nur die

„großen“ Unternehmen, die im direkten Anwendungsbereich sind, sondern gefährdet aufgrund der überbordenden Berichtspflichten auch viele Klein- und Mittelbetriebe. Wir fordern daher, dass die Wirtschaftskammer sich auf europäischer Ebene einsetzen soll, das Lieferkettengesetz ersatzlos außer Kraft zu setzen.

➤ **Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten**

Mit den aktuellen Einschränkungen und Reglementierungen wird vor allem kleinen und mittleren Handelsunternehmen die Chance genommen, am Wochenende und zu Tagesrandzeiten jene Umsätze zu machen, die sie für den wirtschaftlichen Erfolg brauchen. Liberalisierte Öffnungszeiten stehen nicht im Widerspruch zum Schutz der Arbeitnehmerrechte, vielfach können sie einen Job sogar attraktiver machen, weil sie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Sie bringen auch mehr Kundenorientierung, denn nicht Behörden, sondern die Unternehmen selbst wissen am besten, wann sie für ihre Kunden da sein müssen.

➤ **Reform des Betriebsanlagenrechts**

Das Betriebsanlagenrecht sieht eine sehr starke Berücksichtigung diverser Schutzinteressen vor. Zu diesen Interessen gehört nicht nur die Gesundheit von Kund:innen und Mitarbeiter:innen, sondern auch der Schutz der Nachbarn vor Belästigungen, etwa durch Geruch oder Lärm. Vor allem bei bereits bestehenden Betriebsstätten, etwa in der Gastronomie, führt der absolute Vorrang solcher Anrainerrechte dazu, dass Betriebsstätten oft zu hohen Kosten umgebaut werden müssen, obwohl sie zuvor jahrelang unbeanstandet blieben. Um solche Absurditäten zu verhindern, sollte das Betriebsanlagenrecht dementsprechend reformiert werden.

➤ **Besserer Zugang zu öffentlichen Vergaben**

In der aktuellen Vergabepaxis werden kleinere Unternehmen oft benachteiligt. Zum einen wird sehr oft auf die Möglichkeit einer kleinteiligen Vergabe verzichtet, wodurch sehr große Gesamtlose entstehen, für deren Bewältigung kleinere Unternehmen nicht die nötigen Ressourcen besitzen. Zum anderen können diese Unternehmen oft auch nicht die geforderten Vorprojekte vorweisen und werden dadurch von der Vergabe ausgeschlossen. Auch Außenstände beim Finanzamt und der Sozialversicherung sind ein Ausschlussgrund. Wir finden: Vor allem bei kleineren Losen sollte es mehr Flexibilität geben. Damit wäre gewährleistet, dass die öffentliche Hand nicht immer an dieselben Unternehmen vergibt und so mehr Wettbewerb in die Materie kommt. Mehr Wettbewerb bei Vergaben würde nicht zuletzt auch zu einer Entlastung der öffentlichen Finanzen führen.

➤ **Die „RESET“-Taste bei Kollektivverträgen drücken**

Viele, ja die meisten, Kollektivverträge sind über die Jahrzehnte nächtlicher Verhandlungen zu unübersichtlichen, kaum verständlichen Konvoluten von zum Teil über 100 Seiten geworden. Unternehmen haben keine Rechtssicherheit, weil sie oft ohne das Wissen weniger Experten, die eigenen Kollektivverträge nicht mehr verstehen. Nützen wir die Gelegenheit, drücken die „Reset“-Taste und schreiben alle Kollektivverträge auf einem weißen Blatt Papier neu.

➤ **Serviceorientierte Verwaltungsbehörden und strenges „one-in / one-out“ Prinzip.**

Immer noch finden sich Unternehmer:innen bei Kontakten mit Behörden in die Bittsteller-Rolle gedrängt. Oder sie treffen zwar auf engagierte Beamt:innen, die aber derart überlastet sind, dass selbst die Erledigung von einfachsten Eingaben Tage, manchmal auch Wochen oder Monate dauert. Wir wollen stattdessen Behörden, die sich als Servicestellen verstehen und dementsprechend handeln. Daher fordern wir auch,

dass bei allen Regelungen, die den unternehmerischen Bereich betreffen (Gesetze, Verordnungen, ...) ab der nun neuen Legislaturperiode ein strenges „one-in / one-out“ Prinzip die Anwendung findet.

➤ **Schulfach Entrepreneurship: „Ich lerne Unternehmer:in!“**

Die unzähligen bürokratischen Absurditäten, mit denen Österreich zu kämpfen hat, konnten sich nicht zuletzt deshalb etablieren, weil unternehmerisches Denken bei vielen öffentlichen Entscheidern nicht verankert. Damit Österreich in Zukunft auf diesem Feld besser aufgestellt ist, fordern wir die Einführung des Schulfachs Entrepreneurship. Österreichs Schüler:innen sollen von sich sagen können: Ich lerne Unternehmertum!

3

Sowas von zukunftsfit!

Geben wir den Unternehmen die Rahmenbedingungen für die Geschäftsmodelle des 21. Jahrhunderts

Digitalisierung ist eine große Chance, doch Österreich droht zurückzubleiben - die Fakten

Österreichs Unternehmen haben die Möglichkeiten, die Digitalisierung ihnen bietet, längst erkannt. Dafür brauchen sie aber auch entsprechende Rahmenbedingungen: flächendeckenden Zugang zu digitaler Hochleistungsinfrastruktur und ein Bildungssystem, das die Arbeitskräfte von morgen auf digitales Arbeiten vorbereitet und lebenslanges Lernen fördert. All diese dringenden Maßnahmen werden in Österreich trotz anderslautender Bekenntnisse viel zu langsam umgesetzt.

Ohne Infrastruktur gerät der Standort in Gefahr – die Fakten

Lange Zeit galt Österreich im internationalen Vergleich trotz hoher Kosten und bürokratischer Hürden als ein ausgezeichneter Standort. Dazu hat neben hochqualifizierten Mitarbeiter:innen auch die infrastrukturelle Sicherheit des Landes beigetragen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Der Standort droht, international abgehängt zu werden. Die Mängel umfassen die digitale Infrastruktur (Glasfaserausbau), die Energieinfrastruktur (Netzausbau), aber auch die konventionelle Infrastruktur wie Bahn- und Straßenverbindungen.

Ziel muss es sein mit Hochleistungsinfrastruktur unternehmerische Aktivitäten im städtischen, wie auch im ländlichen Raum zu ermöglichen und zu fördern und eine Planbarkeit und Energiesicherheit über die nächsten 15 Jahre zu geben, wo eine dekarbonisierte Wirtschaft das unverrückbare Ziel ist und gleichzeitig ein guter Mix aus nachhaltigen und fossilen Energieträgern den Weg dorthin ebnet. Ein Weg, auf welchem privates Unternehmertum und Innovation wesentliche Elemente und Treiber sind.

10 Ideen für ein zukunftsfittes Land der #Unternehmensfreude

Das will UNOS für Sie erreichen

➤ **Ausbau der digitalen Infrastruktur**

Unternehmen können noch so gute digitale Geschäftsmodelle haben, fehlt es an der dazu passenden Infrastruktur, werden sie ihre Ideen nicht umsetzen können. Damit wir den digitalen Anschluss nicht verlieren, müssen Glasfaserleitungen und 5G Mobilnetz möglichst flächendeckend ausgerollt werden. Denn sie fungieren als Backbone der Digitalisierung.

➤ **Umfassende Digitalisierung der Verwaltung**

Es ist absurd, dass im Österreich des 21. Jahrhunderts viele Eingaben bei Behörden nach wie vor nur analog möglich sind. Das verlangsamt die ohnehin schon schleppenden Amtswege, sei es bei der Einholung von Genehmigungen, bei Firmengründungen oder, wenn es darum geht, wichtige Auskünfte zu bekommen. Wir fordern eine schnelle, umfassende und professionell aufgesetzte Verwaltungsdigitalisierung.

➤ **Expertise- und Austauschplattform gegen Cyberkriminalität**

Dänemark zeigt vor, wie es geht. Dort existiert eine Expertise- und Austauschplattform gegen Cyberkriminalität, auf der Geschädigte vertraulich und anonym über Cyberangriffe und die dann ergriffenen Abwehrmaßnahmen berichten können. Damit entsteht eine Ressource von unschätzbarem Wert, die es anderen Unternehmen ermöglicht, sich über die aktuelle Gefahrenlage ein Bild zu machen und im Falle eines Angriffs in Austausch mit Experten zu treten. Eine neue Unternehmer:innenkammer, wie die UNOS sie fordern, muss den Aufbau einer solchen Plattform in Angriff nehmen.

➤ **Effektiver Schutz des geistigen Eigentums**

Eine der größten Herausforderungen, die im Zusammenhang mit Digitalisierung bewältigt werden muss, ist der Schutz von geistigem Eigentum. Ein zukunftsfitter Standort braucht dafür ein gut funktionierendes Regelwerk. Europa hat ein solches Regelwerk nach wie vor nicht. UNOS fordern daher eine rasche, zukunfts- und innovationsfreundliche Regulierung des KI-Bereichs auf EU-Ebene, die die unternehmerischen und gesellschaftlichen Chancen in den Mittelpunkt stellt.

➤ **Versicherungsverein gegen digitale Raubritter sowie Förderung von Versicherungsbausteinen gegen Cyberkriminalität**

Der Kampf gegen Cyberkriminalität kann am besten gemeinsam und koordiniert gelingen. Wir setzen uns daher für die Errichtung einer „Hanse gegen digitales Raubrittertum“ ein, einen Verein, dessen Mitglieder sich verpflichten, keine Schutzgelder zu bezahlen, dafür aber einander auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit Versicherungsschutz zu bieten. Die überbordenden Reserven der Wirtschaftskammer könnten sehr gut für die Errichtung eines solchen Vereins eingesetzt werden.

➤ **Wettbewerbsfähige Energiekosten**

Die grüne Transformation der österreichischen und europäischen Wirtschaft ist unverzichtbar und stellt eine mächtige Chance dar. Kurz- und mittelfristig bedeuten die durch die grüne Energietransformation und den Krieg in der Ukraine bedingten hohen Energiekosten aber einen beträchtlichen Wettbewerbsnachteil. Solange die Energieinflation anhält, muss es für die Unternehmen daher eine Kompensation dieser Kosten geben. Das ist umso notwendiger, da die Regelungen des Stromkostenausgleichsgesetzes (SAG) auslaufen. Sobald die gelungene Energietransformation für wettbewerbsfähige Energiepreise sorgt, kann auf Kompensationen verzichtet werden.

➤ **Green Hydrogen-Plan bis Ende 2025**

Energieintensive Sparten von Gewerbe und Industrie brauchen klare Rahmenbedingungen, die ihnen einen Ausstieg aus fossiler Energie bis 2040 ermöglichen. Dort, wo Elektrifizierung aus technischen Gründen nicht möglich ist, muss beim Ausstieg grüner Wasserstoff zum Einsatz kommen. Die Produktion von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien verlangt allerdings einen großen logistischen und infrastrukturellen Aufwand, auch deshalb, weil die benötigten Mengen weder ausschließlich in Österreich noch ausschließlich in Europa hergestellt werden können. Um dieser Herausforderung begegnen zu können und nicht noch mehr Zeit zu verlieren, braucht Österreich dringend einen Green-Hydrogen-Plan bis spätestens Ende 2025.

➤ **Netzausbau**

Fehlende Netzkapazitäten bilden eines der größten Hindernisse bei der Transformation des Energiesystems. Wir fordern daher einen zügigen Ausbau sowohl der Netze selbst als auch der Möglichkeiten, erneuerbare Energie zu produzieren und ins Netz einzuspeisen. Für Widmungen, Anlagengenehmigungen und die Genehmigung von Anschlüssen muss es Fast-Track-Verfahren in einem

One-Stop-Shop-System geben. Nur so wird es gelingen, ein starkes dezentrales Netz aufzubauen, das die grüne Transformation trägt und den Unternehmen Versorgungssicherheit bietet.

➤ **Bahn und Straße sinnvoll ausbauen**

Bahn- und Straßenprojekte sind zu wichtig, um zum Gegenstand von ideologischen Grabenkämpfen zu werden. Der öffentliche Verkehr sowie der Güterverkehr auf der Schiene sind noch lange nicht auf dem Stand, der für ein zukunftsfittes Land nötig wäre. Durch den zu langsamen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dem politisch motivierten Zurückhalten von Straßenprojekten wird Österreichs Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Wir fordern daher schnelle, nicht parteipolitisch motivierte Investitionsentscheidungen – auch im Interesse jener Unternehmen, die abseits der großen Städte angesiedelt sind und die zum Revival des Unternehmertums im ländlichen Raum beitragen.

➤ **Gesamtheitliches Mobilitätskonzept**

Berücksichtigung der Kosten für Unternehmer:innen bei der Umsetzung von Mobilitätskonzepten (Rückbau von Straßen, Neubau von Straßen). Hier sind vor allem auch die Kosten der Unternehmen für längere Anfahrtszeiten, Staukosten und sonstige Kosten bei Umbauten mit den Wirtschaftsvertretern zu evaluieren.

➤ **Kritische Infrastruktur mit staatlicher Beteiligung – Dienstleistungsanbieter 100 % privatisieren**

Für einen zukunftsfitten Standort die Anbieter kritischer Infrastruktur (Verkehrs- und Energieinfrastruktur) zumindest mit staatlicher Beteiligung zu belassen ist wichtig und in keinem Widerspruch zu einem offenen Wirtschaftsstandort. Bei den Dienstleistern (Telekom, Schienenverkehr, ...) sehen wir keinen Vorteil und keine Notwendigkeit der staatlichen Beteiligung und fordern einen vollständigen Privatisierungsplan.

4

Sowas von Macherin!

Österreich braucht mehr Female Entrepreneurship

Frauen gründen vor allem im Dienstleistungssektor. In der Industrie liegt der Gründerinnen-Anteil gerade einmal bei 8 %. Auch in vielen anderen Sparten sind Frauen unterrepräsentiert. Das hat strukturelle Gründe – und muss sich ändern.

Frauen können Unternehmerintum, das große Geld machen sie aber (noch) nicht – die Fakten

Im Vorjahr wurde fast die Hälfte, nämlich 44,5 %², aller neuen Einzelunternehmen von Frauen gegründet. Doch diese Gründungen liegen vor allem im finanziell schwierigen Dienstleistungssektor, finden häufig im Nebenerwerb statt und sind oft Kleingründungen.³ Die Fachgruppen mit dem höchsten Frauenanteil lauten dementsprechend wie folgt: Fußpfleger, Kosmetiker und Masseure (82,7 %), Direktvertrieb (81,1 %) sowie Mode und Bekleidungstechnik (79,7 %). Bei der zukunftssträchtigen Branche Information & Consulting liegt der Unternehmerinnen-Anteil hingegen bei nur bei 28 %; in der Industrie gerade einmal bei 8 %.

Für Frauen sind die Hürden am Weg in die Selbstständigkeit besonders groß – die Fakten

Dass Frauen vorwiegend in Bereichen gründen, in denen die Einkommenschancen relativ schlecht sind, hat viele Gründe. Zum einen liegt das an den unterschiedlichen Ausbildungs- und Berufswahlpräferenzen von Frauen und Männern. Frauen ergreifen häufig Berufe, in denen es weniger Selbstständigkeit gibt und in denen das Skalieren von Geschäftsmodellen schwieriger ist. Das wirkt sich später auf ihre Chancen als Gründerinnen aus. Zudem haben Frauen ein höheres Risiko, ihre Unternehmerintätigkeit unterbrechen zu müssen, sei es wegen Schwangerschaft, sei es wegen Betreuungspflichten oder wegen der Pflege von Angehörigen. Deshalb gründen Frauen oft im Nebenerwerb. Obwohl Unternehmen von Frauen im Schnitt nachhaltiger sind als jene, die von Männern gegründet werden, nehmen Frauen zu Beginn ihrer Tätigkeit häufig auch zu wenig Fremdkapital auf, was die Wachstumschancen ebenfalls schmälert. Und schließlich verfügen Frauen nicht immer über die entsprechenden Netzwerke, auf die sie beim Aufbau ihres Unternehmens zurückgreifen können.

² <https://www.bmaw.gv.at/Themen/Wirtschaftsstandort-Oesterreich/Frauen-in-der-Wirtschaft.html>

³ <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/11/beitrag/unternehmen-warum-gruenden-frauen-seltener.html>

3 Reformen für ein Land der Macherinnen. #sowasvonselbstbestimmt

Das will UNOS für Sie erreichen

- **Das Bildungssystem umdenken: Unternehmerinnen müssen als Vorbilder vor den Vorhang und auf die Bühne:**

Wir fordern von der Wirtschaftskammer die Finanzierung eines Stiftungslehrstuhls an einer österreichischen Universität oder Fachhochschule mit dem Fokus auf „female entrepreneurship“ angelegt auf zumindest 10 Jahre.

- **Unternehmerinnen heben Unternehmerinnen die Flügel:**

Wir fordern von der Wirtschaftskammer Workshops und Programme, die in hoher Qualität Unternehmerinnen fördern. Das Ziel muss der tatsächliche Nutzen für Unternehmerinnen sein, wie zum Beispiel durch ein österreichweites Mentoringprogramm. Mentorinnen helfen nicht nur bei der Gründung und in den ersten Monaten, sie öffnen auch Zugang zu Netzwerken, welche oft noch immer männerdominiert sind. Um auch den systemischen Wandel voranzutreiben, sollen Reverse Mentoring Programme angeboten werden.

- **Chancen der Digitalisierung nützen**

In Österreich sind heute 55 % aller Studienabgänger:innen Frauen. Damit gibt es unter Frauen eine große hochgebildete, topmotivierte und modernisierungsaffine Gruppe. Um gerade diesen Personen den Einstieg in das Unternehmertum zu erleichtern, sollen auch die Chancen genützt werden, die die digitale Transformation dafür bietet. Alle bürokratischen Notwendigkeiten im Zusammenhang mit Unternehmertum sollten auf einfachem Weg digital erledigt werden können. Dafür ist umgehend die notwendige Infrastruktur zu errichten.

Sowas von Vereinbar!

Familienunternehmen 2.0: Unternehmertum und Familie sollen kein Widerspruch mehr sein.

Heute stehen Partner oft vor der Wahl: wagen wir – gemeinsam oder jeder von uns – den Sprung in die Selbstständigkeit und verlassen den abgesicherten Weg der Unselbstständigkeit. UNOS als liberale Unternehmer:innenvertretung stehen für Selbstbestimmtheit und Leistungsanreize. Aber heute klafft eine so große Lücke zwischen der Welt z.B. von Angestellten zu Unternehmer:innen, die zu viele von diesem Schritt abhält. Österreich soll sein volles unternehmerisches Potenzial ausschöpfen und dazu auch einen Schritt in Richtung unternehmerische Solidarität gehen.

4 Reformen für ein Land der Familienunternehmen

Das will UNOS für Sie erreichen

- **Kinderbetreuungsgeld für Unternehmer:innen – 500 Millionen Euro Rücklagen für Unternehmerinnen:**

Die fehlende soziale Absicherung von Unternehmerinnen – und auch selbstständigen Partnern - in der Zeit nach der Geburt eines Kindes ist einer der Hauptgründe, warum Frauen seltener und später als Männer gründen. Betriebshilfe und Wochengeld in ihrer derzeitigen Form reichen nicht aus, um an dieser Situation etwas zu ändern. UNOS fordern daher die Einführung eines umfassenden Kinderbetreuungsgeld-Systems

für Selbstständige, das als Versicherungsleistung konzipiert ist und sich an das Kinderbetreuungsgeld für Unselbstständige anlehnt. Elternteile, die bereits vor der Geburt eines Kindes selbstständig waren, sollten daher Anspruch auf ein angemessenes Kinderbetreuungsgeld haben. Für den Hochlauf dieses Systems können 500 Millionen Euro aus den rund zwei Milliarden genutzt werden, die die Wirtschaftskammer derzeit als Rücklage ungenutzt liegen lässt.

➤ **Ausbau der ganzjährigen Vollzeit-Kinderbetreuung**

Ein großes Hindernis, das dem Unternehmer:innen entgegensteht, ist die mangelnde Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen - vor allem mit solchen, die ganztägig und ganzjährig verfügbar sind. Für bis zu Fünfjährige gibt es österreichweit nur bei 60 % der verfügbaren Plätze eine ganztägige Betreuung. Ohne Wien, wo der Anteil solcher Plätze immerhin bei 90 % liegt, wäre der Schnitt noch viel schlechter. Ebenso, wenn man nicht nur die Plätze für die bis zu Fünfjährigen, sondern auch Plätze für Jugendliche bis zu fünfzehn Jahren mitberücksichtigt. Um Frauen im Speziellen und jungen Familien im Allgemeinen die gleichen Chancen als Unternehmer:innen zu bieten, setzen wir uns für eine österreichweite Betreuungsoffensive ein. Mindestens 80 % aller Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche von drei bis fünfzehn Jahren sollen ganztägig sein und mindestens 47 Wochen im Jahr geöffnet bleiben.

➤ **Höhere Absetzbeträge für Betreuungspflichten**

Wir finden: Um jungen Paaren den Zugang zum Unternehmer:innen zu erleichtern, braucht es bessere steuerliche Regelungen für Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind bzw. für alleinerziehende Unternehmer:innen. Für diese Personengruppen soll der steuerliche Absetzbetrag für Kinderbetreuung von derzeit 2.300 Euro pro Jahr auf 12.000 Euro angehoben, die Altersgrenze der Kinder von derzeit zehn auf fünfzehn Jahre erhöht werden. Die gleichen Absetzbeträge soll es auch für die Pflege von Familienangehörigen geben, wobei hier eine Harmonisierung mit dem Pflegegeld nötig ist. Darüber hinaus fordern wir auch einen steuerlichen Absetzbetrag von 8.400 Euro pro Jahr, den Ehepaare und eingetragene Partnerschaften in Anspruch nehmen können, wenn beide Partner:innen arbeiten. Dieser Absetzbetrag soll die Aufwendungen für Hausarbeiten abgelten, nicht aber Reparaturen oder Anschaffungen.

➤ **Kinderbetreuungsgeld für Mandatar:innen**

Nach wie vor sind Frauen in vielen Gremien und Interessensvertretungen unterrepräsentiert. Einen der Gründe dafür bilden Betreuungspflichten. Damit Familie und Engagement für die Interessen der Unternehmer:innen besser vereinbar werden, muss es für Mandatar:innen aus Familien mit betreuungspflichtigen Kindern bis fünfzehn Jahren eine Aufwandsentschädigung für Sitzungsteilnahmen geben. Pro Sitzung in Fachgruppen, Spartenkonferenzen oder Wirtschaftsparlamenten soll die Wirtschaftskammer Betreuungskosten von bis zu 20 Euro pro Betreuungsstunde und zusätzlich 20 Euro pro Sitzung abgelten.

5

Und endlich, sowas von vertreten!

Machen wir die Wirtschaftskammer endlich zu einer Unternehmer:innenkammer

Die Wirtschaftskammer muss zu einer Unternehmer:innenkammer werden - die Fakten

In Österreich existiert in Wirklichkeit nicht nur eine Wirtschaftskammer – es gibt 10 selbstständige Wirtschaftskammern: einmal die Bundesorganisation und dazu 9 Bundesländerkammern. Doch damit nicht genug: Jede der mehr als 600 Fachorganisationen ist noch einmal ein eigenständiger Rechtskörper und diese eigenständigen Rechtskörper sind föderal auf alle Bundesländer verteilt. In Summe ergibt sich daraus eine gigantische Struktur mit nahezu 5.000 Mitarbeiter:innen. Ein derart bürokratisch strukturierter Moloch ist zwangsläufig dysfunktional und viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass er sich noch um die Anliegen seiner Mitglieder kümmern könnte.

Unser Ziel ist eine völlig andere, neue, schlanke und auf freiwilliger Mitgliedschaft basierende Unternehmer:innenkammer. Erst sie wird in der Lage sein, die Interessen der Unternehmer:innen jeden Tag in das Zentrum ihrer Arbeit zu rücken und so auch den Standort Österreich zu stärken.

Die Wirtschaftskammer muss demokratisch werden – die Fakten

Die Wirtschaftskammer, so wie wir sie heute kennen, hat keine ausreichende demokratische Legitimation und belastet mit hohen Zwangsabgaben die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Zugleich sitzt sie auf Rücklagen, die sich inzwischen auf rund 2 Milliarden Euro belaufen, bezahlt etlichen ehemaligen Funktionären Pensionen in fünfstelliger Höhe und gibt das Geld ihrer Mitglieder für fragwürdige PR-Aktionen aus. Die finanzielle Gebarung ist bewusst unübersichtlich und nicht nach den Rechnungslegungsvorschriften, welchen alle ihre Mitglieder unterworfen sind.

All das passiert ohne eine demokratische Legitimation. Denn die Wirtschaftskammer ist nicht nur eine Organisation, aus der man nicht austreten kann, was per se undemokratisch ist – auch die Wahl der kammerinternen Gremien ist unübersichtlich und noch dazu mit hohen Eintrittshürden versehen. Auch sie muss daher dringend reformiert werden. Die Wahlbeteiligung von gerade einmal 33,7 % bei der letzten Wahl im Jahr 2020 zeigt sehr eindeutig, wie weit sich die Wirtschaftskammer inzwischen von der Realität der Unternehmen, die sie vertreten soll, entfernt hat.

7 Forderungen für eine Kammer der #Unternehmensfreude

Das will UNOS für Sie erreichen

➤ **Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft**

Die Zwangsmitgliedschaft steht in völligem Widerspruch zu einem offenen, unternehmerischen und

zukunftsorientierten Denken. Die Wirtschaftskammer kassiert Beiträge von Unternehmen, die keine Möglichkeit haben, auf die Dienstleistungen der Kammer zu verzichten. Dementsprechend wenig Motivation hat die Kammer Spitze auch, sich tatsächlich nach den Bedürfnissen der Mitglieder zu richten. Wir finden: Unternehmer:innen, die die Leistungen einer Unternehmer:innenkammer nicht gut finden oder sie einfach auch nicht in Anspruch nehmen möchten, sollten die Möglichkeit haben, darauf per Opting-Out zu verzichten.

➤ **Auf dem Weg dorthin: Wirtschaftskammer zukunftsfit machen**

Die Wirtschaftskammer soll unter unternehmerischen Gesichtspunkten geführt werden durch Definition von Benchmarks. Konkrete wären z.B. die Reduktion von Mitarbeiter:innen und der Ausbau der kostenlosen Serviceleistungen für Unternehmen.

➤ **Abschaffung der Kammerumlage 2 und der mehrfachen Grundumlage**

Die Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer geht mit hohen und schwer nachvollziehbaren Abgaben einher. Neben der sogenannten Kammerumlage, die jedes Zwangsmitglied zahlen muss, gibt es auch die Kammerumlage 2, die von der Höhe der ausgezahlten Bruttolöhne abhängig ist und die einen der vielen Faktoren darstellt, die in Österreich die Arbeitskosten in die Höhe treiben. Doch damit nicht genug: Zu bezahlen ist auch die Grundumlage, aus der die mehr als 600 Fachorganisationen finanziert werden. Hat ein Unternehmen das Pech, aufgrund seines Geschäftsmodells zwei Fachorganisationen anzugehören, zahlt es doppelt, bei drei dreifach. Wir fordern: Nicht nur die Pflichtmitgliedschaft, auch die Kammerumlage 2 und die mehrfache Grundumlage müssen weg. Allein mit der Abschaffung der Kammerumlage 2 könnten Österreichs Unternehmen um rund 440 Millionen Euro pro Jahr entlastet werden.

➤ **Auflösung der Rücklagen und sinnvolle Verwendung**

Die Kammerfunktionäre berufen sich bei der Verteidigung der gigantischen Rücklagen, die die Wirtschaftskammer gebildet hat, auf die Haushaltsordnung. Sie besagt, dass Kammern für den Fall von Ertragsausfällen und außerordentlichen Ausgaben vorsorgen sollen. Zwischen Vorsorgen und mit Mitgliedsbeiträgen einen Geldspeicher anzulegen, besteht allerdings ein großer Unterschied. Deshalb fordern die UNOS eine weitgehende Auflösung der Rücklagen und die Verwendung der Gelder für Projekte, die Österreichs Unternehmerlandschaft voranbringen, etwa für einen Start-Up-Fonds.

➤ **Auflösung der Länderwirtschaftskammern, Straffung der Bezirksstellen und massive Reduzierung der Fachorganisationen**

Dass ein kleines Land wie Österreich sich in vielen Bereichen das Zehnfache des eigentlich notwendigen Verwaltungsapparats leistet und in jedem Bundesland eigene Strukturen unterhält, ist schwer zu verstehen. Dass aber ausgerechnet eine Kammer, die die Interessen der Unternehmer:innen vertreten sollte, ebenfalls derart kostspielig agiert, ist ein Skandal. Ähnlich skandalös sind die 600 Fachgruppen innerhalb der Wirtschaftskammer. Denn so unterschiedlich ist, nur um ein Beispiel zu nennen, der „Handel mit Mode und Freizeitartikeln“ (Fachgruppe 308) und der „Papier und Spielwarenhandel“ (Fachgruppe 310) auch wieder nicht, dass die beiden Handelsarten eigene Organisationen brauchen würden. Um den Funktionärsapparat der Wirtschaftskammer zu verschlanken, fordern die UNOS daher die Auflösung der Länderorganisationen, eine signifikante Straffung der Bezirksstellen und dadurch eine massive Reduktion der Anzahl der Fachorganisationen auf maximal einhundert. Dies kann auch als Möglichkeit genutzt werden, um Bundesfachgruppen praxistauglich neu zu strukturieren (als Beispiel „freie Gewerbe“).

➤ **Direktwahl der Wirtschaftskammerpräsident:in**

Das Amt der Wirtschaftskammerpräsident:in muss entpolitisiert werden. Derzeit wird der/die Präsident:in vom Wirtschaftsparlament gewählt. Damit ist ihre Wahl sehr stark parteipolitisch geprägt. Die stärkste Fraktion kann in der Praxis jede Person wählen, die sie – aus welchen Gründen immer – für opportun hält. Ob der oder die Betreffende von den Mitgliedsbetrieben gewollt wird, und ob er bzw. sie deren Interessen unparteiisch und glaubwürdig vertritt, steht bei diesem Wahlmodus nicht zwingend im Vordergrund. Um die Wirtschaftskammer wieder näher an die Bedürfnisse der Mitglieder zu bringen und sie zu demokratisieren, fordern wir daher, dass ab 2030 die Wahl der Präsident:in nicht mehr durch das Wirtschaftsparlament, sondern direkt durch die Mitgliedsbetriebe erfolgt. Gleiches soll auch für die Wahl des Präsidiums gelten.

➤ **Vorbereitung einer E-Voting Möglichkeit bei der Wirtschaftskammerwahl 2030**

Mit 33,7 % hat die Wahlbeteiligung bei den Wirtschaftskammerwahlen 2020 einen historischen Tiefpunkt erreicht. Je weniger Wirtschaftskammermitglieder sich an der Wahl beteiligen, desto schlechter legitimiert sind aber ihre Organe – und zwar nach innen wie nach außen. Um dem entgegenzuwirken, und die Wahl für alle Berechtigten einfacher und bequemer zu machen, fordern wir die Einführung von E-Voting ab den Wahlen 2030.

➤ **Transparenter Kontrollausschuss und konsolidierter Jahresabschluss nach UGB-Richtlinien:**

Eine Wirtschaftskammer, die sich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanziert, ist zu besonderer Sorgfalt und Transparenz verpflichtet. Heute sind die Mitglieder des Kontrollausschusses einer sehr strengen Geheimhaltungspflicht unterworfen und so können Malversationen oder Verbesserungsvorschläge nicht mit der notwendigen Offenheit weiterverfolgt werden.

Die Darstellung der finanziellen Lage ist bewusst intransparent gelöst. Würde sich die Wirtschaftskammer nur einfach den verpflichteten Regelungen unterwerfen, die für ihre Mitgliedsunternehmen gelten, dann gäbe es einen konsolidierten Jahresabschluss nach UGB-Rechnungslegungsvorschriften. Dieses Mindestmaß an Transparenz fordern wir.